

Bürgerschaftliches Engagement sinnvoll und fair einbinden

Denkanstöße für Beteiligungspolitik in der »Bürgerkommune«

Johanna Lucia Härtl

Bevor sich eine Kommune auf den Weg zur Bürgerkommune macht, stellt sich zunächst die Frage, wo die Reise überhaupt hingehen soll. Was ist unter dem Begriff »Bürgerkommune« zu verstehen? (1) Die zahlreichen Abhandlungen und Leitbilder, die zur Bürgerkommune aus der Feder von Praktiker/innen aus Kommunalpolitik und Verwaltung bislang entstanden sind, zeigen, dass die Bürgerkommune weit mehr als ein theoretisches Konzept ist (2). Beispiele aus der Praxis füllen dieses Konzept mit Leben und zeigen die facettenreichen Gesichter der Bürgerkommune. Wenngleich sich die Praxisbeispiele in ihren Schwerpunkten und Zielsetzungen unterscheiden, so haben sie zwei für die Bürgerkommune elementare Faktoren gemeinsam: Die Förderung von freiwilligem Engagement der Bürger/innen einerseits und die Beteiligung der Bürger/innen an politischen und planerischen Entscheidungen andererseits.

Eine erschöpfende Definition der »Bürgerkommune«, die an den sozialwissenschaftlichen Diskurs zum Begriff anschließt, kann und will dieser Beitrag nicht leisten (3). Vielmehr legt er den Fokus auf ihre beiden bestimmenden Merkmale – Engagement und Beteiligung von Bürger/innen – und die damit verbundene kommunalpolitische Praxis. Er liefert Denkanstöße, die sich aus den Erfahrungen der Autorin in der Beratung von Unternehmen und Politik bei der Umsetzung verschiedener Teiligungsprojekte und Dialogprozesse ergeben. Zentral ist dabei die Frage, wie sich die theoretischen Überlegungen und die Erkenntnisse aus der Wissenschaft realisieren lassen. Aus dem Berater-Blickwinkel werden einerseits Überlegungen zur grundsätzlichen Konzeption der Bürgerkommune skizziert und andererseits auch konkrete Ideen zur Umsetzung vorgeschlagen, die sich in der Praxis bewährt haben.

Warum Bürgerkommune?

Soll das Konzept der Bürgerkommune mit Leben gefüllt werden, gilt es zunächst kritisch zu fragen, ob es sich hierbei nur um einen kurzlebigen Trend handelt. Welchen Nutzen kann es haben, Teiligungs- und Engagementpolitik stärker in den Fokus zu rücken? Warum kann es sich für eine Kommune lohnen, diesen Weg anzutreten und neue damit verbundene Aufgaben anzugehen? Geht es am Ende nur um »Schönfärberei«? Bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass die Bürgerkommune große und vielfältige Chancen birgt und dass sich ihre Qualitäten und Wirkungen in der kommunalen Praxis in vielerlei Hinsicht entfalten können.

Wer sich auf den Weg zur Bürgerkommune macht, stärkt...

...Zustimmung

- Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungs- und Planungsprozessen kann zu mehr Zufriedenheit mit der Kommune allgemein und zu mehr Zustimmung für einzelne Projekte führen.

...Demokratie

- Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der politischen Willensbildung und Gestaltung stärkt die Demokratie.

...Identität

- Wer mitwirkt, macht sich die Anliegen der Gemeinschaft zu eigen. Beteiligung stärkt die Bindung an das Gemeinwesen sowie die Hilfsbereitschaft der Menschen, stiftet Sinn und trägt zur Identitätsbildung bei.

...Effizienz

- Beteiligung kann Prozesse effizienter machen. Werden Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligt, kommt es eher weniger zu zeit- und kostspieligen Protesten.
- Wenn Menschen freiwillig ihren Dienst an der Gemeinschaft tun, müssen diese Aufgaben oft nicht von bezahltem Personal voll abgedeckt werden.

...Qualität

- Wo viele Menschen mitdenken und mitwirken, entstehen viele Ideen und Impulse. Die Bürgerkommune macht sich dies zu Nutze und profitiert vom Engagement der Menschen.

Abbildung 1: eigene Darstellung nach Bogumil/ Holtkamp 2002

Es geht bei der »Bürgerkommune« also um wesentlich mehr, als einen basisdemokratischen Anschein zu erwecken. Die Potentiale und Qualitäten der Bürgerkommune können sich dann entfalten, wenn die Kommunalpolitik die richtigen Weichen stellt und die entscheidenden Türen öffnet.

Engagement zwischen freiwilliger Mitarbeit und der Forderung nach Mitsprache

Worin bestehen die Aufgaben und Herausforderungen einer kommunalen Beteiligungs- und Engagementpolitik? Die wirkungsvolle und sinnvolle Verknüpfung dieser beiden Kernelemente bildet die politische Hauptaufgabe der Bürgerkommune. Es gilt, eine Balance zu finden und Kräfteverhältnisse auszubalancieren (4). Gute Beteiligungspolitik balanciert nicht nur das Verhältnis zwischen der Kommune und den Bürger/innen aus. Sie besteht auch darin, bewusst mit den verschiedenen Ausprägungen des Engagements der Bürger/innen umzugehen.

Dieses freiwillige Engagement spielt sich in Deutschland im Wesentlichen zwischen zwei Polen ab:

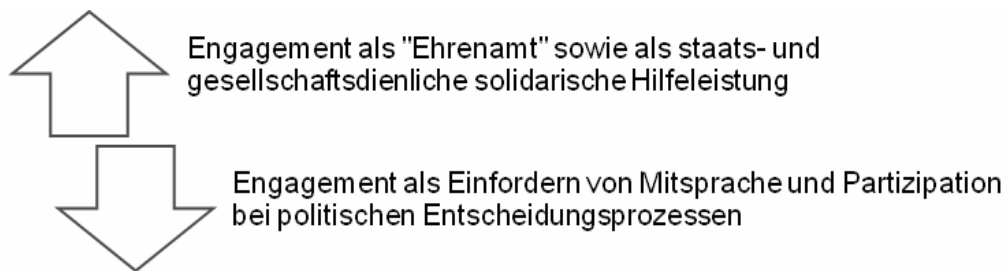


Abbildung 2: eigene Darstellung

Für freiwilliges Engagement gibt es unterschiedliche Motive und es existieren verschiedene Spielarten. Charakteristisch für Engagement in Deutschland war lange Zeit das Verständnis von »Ehrenamt« als staats- und gemeinschaftsdienliche, solidarische Hilfeleistung für das »Gemeinwohl« und die Bürger/innen untereinander. In den Nachkriegsjahren und spätestens seit Stuttgart 21 hat sich ein weiterer Modus bürgerschaftlichen Engagements herauskristallisiert: Das Einfordern von Mitsprache und Beteiligung bei politischen Entscheidungsprozessen, das Berufen auf politische Partizipation und basisdemokratische Verfahren, die über die repräsentative Demokratie hinausgehen. Gerade diese Formen bürgerschaftlichen Engagements zeigen deutlich: Unter »Gemeinwohl« ist nicht ein von vornherein feststehender Konsens zu verstehen, sondern es will in einem zivilgesellschaftlichen und politischen Diskurs erhandelt und erstritten werden.

Hier setzt kommunale Engagement- und Beteiligungspolitik an. Die kommunale Ebene ist für das Aushandeln des »Gemeinwohls« und für die Umsetzung wirkungsvoller Engagementpolitik die ideale Arena. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip können und sollen politische Entscheidungen auf der kleinsten sinnvollen politischen Ebene getroffen werden. Das bürgerschaftliche Engagement der Menschen in Deutschland spiegelt dies wieder: Nachbarschaften und Familien bilden die wichtigsten Institutionen, in denen sich Menschen engagieren. Außerdem bringen sich Bewohner/innen kleiner Städte und Gemeinden eher freiwillig ein, als Menschen aus der Großstadt (5). Vereinfacht lässt sich sagen: Je klei-

ner und persönlicher die »Institution«, je enger der Bezugsrahmen, desto eher engagieren sich Bürger/innen.

Der Ball liegt also im Feld der Kommunen. Wenn die richtigen Rahmenbedingungen herrschen und wenn die wichtigsten Tücken und Risiken der kommunalen Engagementpolitik bekannt sind, kann der Weg zur Bürgerkommune gelingen. Was ist dafür zu tun und zu beachten? Die folgenden Eckpunkte bieten Denkanstöße für Gemeinden und Städte, die Bürgerkommunen sind oder werden wollen.

Kommunale Engagementpolitik gestalten: Denkanstöße für die Praxis

1. Den Boden für Engagement fruchtbar machen: Bereitschaft der Menschen fördern und durch Know-How und Infrastruktur unterstützen

Die Bereitschaft zum Engagement und die Motivation, sich für das Gemeinwesen einzubringen, kommen nicht von allein. Voraussetzung für Engagementpolitik sind Bürger/innen, die den Willen zum »Mitmischen« haben und Sinn darin sehen, sich zu beteiligen. Kommunen können die Grundlagen hierfür schaffen, indem sie schon bei der Bildung von Kindern und Jugendlichen die Bereitschaft zum Ehrenamt fördern und Engagement wertschätzen und würdigen. Die Kommune sollte eine »Ermöglichungshaltung« einnehmen und prüfen, wo sie engagierte Menschen mit Geld, Infrastruktur oder anderen Leistungen unterstützen kann. Tritt die Kommune den Bürger/innen als Ermöglicherin und als verlässliche Partnerin gegenüber, erhöht sich die Bereitschaft der Menschen, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.

Bei der Kommune laufen viele Fäden zusammen: Es kann deshalb sinnvoll sein, engagierte Bürger/innen und Gruppierungen aktiv miteinander zu vernetzen, damit sie Synergien nutzen können. Neben einer Einladung zum klassischen Empfang für ehrenamtlich Tätige könnte die Gemeinde auch zur Fortbildung oder Vernetzung der Engagierten einladen.

Will die Kommune unterstützen und Handlungsmöglichkeiten erkennen, lohnt es zu reflektieren, wie es bestellt ist um:

- Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche und die Bereitschaft zum Engagement schon in jungem Alter.
- die Ausbildung und Qualifizierung von ehrenamtlich Tätigen.
- Infrastruktur und finanzielle Mittel für Vereine und gemeinnützige Organisationen.
- die Vernetzung der ehrenamtlich Tätigen untereinander und über die Grenzen der Kommune hinweg.

2. Anliegen der Bürger/innen erkennen und Engagement richtig einordnen

Zu erkennen, was die Menschen bewegt, welche Themen ihnen wichtig sind und wo Mitsprache gewünscht wird, ist Aufgabe guter Beteiligungspolitik. Dazu sollte die Kommune regelmäßig die Meinung der Bürger/innen zu ihrem Service und zu kommunalpolitischen Sachfragen einholen und immer wieder aktiv nachfragen, was die Menschen bewegt. Dabei stellen sich unter anderem folgende Fragen:

- Wie kann es gelingen, die Meinung und Bedürfnisse aller Bürger/innen regelmäßig zu erfassen – auch die Meinung derjenigen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, oder die aufgrund einer Behinderung oder Krankheit eines barrierefreien Zugangs zu Teilnehmungsformaten bedürfen?
- Werden die Service-Leistungen der Kommune evaluiert und entsprechend der Bedürfnisse der Bürger/innen gestaltet?
- Werden die Ideen vieler, die »Schwarmintelligenz« der Bürger/innen, bei konkreten Projekten sinnvoll eingebunden oder wird möglicherweise schlummerndes Potential unterschätzt?

Je mehr Menschen mitdenken und mitwirken, desto mehr Ideen entstehen, desto mehr Impulse werden in die öffentliche Meinungsbildung und in die politische Willensbildung eingebracht. Wer seine Freizeit für ein Ehrenamt verwendet, entwickelt sich zum Experten/zur Expertin auf seinem/ihrem Gebiet und kann Spezialwissen bieten, das die Kommune zur Politikformulierung nutzen kann.

Wenn die Meinung der Bürgerinnen und Bürger gefragt ist und ernst genommen wird, kann ein partnerschaftliches Vertrauensverhältnis zwischen Kommune und Bürger/innen wachsen. Um eine Basis hierfür zu schaffen, kann es ein erster Schritt für die Kommune sein, den Bürger/innen erst einmal aufmerksam zuzuhören und ihren Bürger/innen-Service zu evaluieren. Deshalb ist es wichtig, zu fragen:

- Nehmen die Menschen wahr, dass der Kommune ihre Meinung wichtig ist und hat sie immer ein offenes Ohr für ihre Anliegen?
- Fordert die Kommune Rückmeldungen ein und legt sie Wert auf guten Bürger-Service? Könnte zum Beispiel ein Bürger-Fragebogen ein erster Schritt sein, das zu evaluieren und Handlungsbedarf aufzuzeigen?
- Welche Konsequenzen haben beispielsweise die Ergebnisse von Teilnehmungsformaten und Umfragen? Wie geht die Kommune mit den Rückmeldungen und den erhobenen Stimmungs- oder Meinungsbildern um?

Meinungen einzuholen und Stimmungen aufzuspüren ist wichtig für gute Engagementpolitik, aber nicht ausreichend. Es gilt darüber hinaus, die Anliegen der Bürger/innen richtig einzuordnen und sie passend in die Arbeit einfließen zu lassen. Jede demokratische Beteiligung birgt das Risiko, dass sich nur eine begrenzte Zahl von Menschen einbringt. Die Kommunalpolitik darf nicht nur diese wenigen, sehr engagierten Bürger/innen berücksichtigen, sondern muss auch den schweigenden Teil einbeziehen. Die Haltung der Bürger/innen, die regelmäßig persönlich in der Amtsstube des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin ihre Interessen vorbringen, oder die als Wortführer/innen laut und selbstbewusst auftreten, darf nicht als allgemeingültig oder als Spiegel der Mehrheitsmeinung eingeordnet werden. Faire

Beteiligung zielt – so gut es geht – auf die Mitwirkung aller Bürger/innen gleichermaßen ab. Freilich wird man nicht jede einzelne Person dazu bewegen können, ihre Meinung einzubringen, aber es darf nicht der Fehler passieren, dass Kommunalpolitiker/innen nur auf einige wenige hören. Es gilt deshalb zu reflektieren:

- Welche Bürger/innen ziehen Kommunalpolitiker/innen zu Rate, um sich ein Bild von der Stimmung und der Meinung der gesamten Bevölkerung zu machen?
- Bilden diese Bürger/innen tatsächlich das gesamte Meinungsspektrum aller Bewohner/innen der Kommune ab?

3. Durch Öffentlichkeitsarbeit und kontinuierliche Kommunikation Konflikte vorbeugen

Werden die Themen und Bedürfnisse der Bürger/innen systematisch erkannt und eingeordnet, beugt das auch Konflikte oder Widerspruch vor. Durch dauerhafte und institutionalisierte Anlaufstellen für Bürgeranliegen und durch offene Augen und Ohren hat die Kommune »Sensoren« für Zufriedenheit, für das Informations- und das Beteiligungsbedürfnis ihrer Bürger/innen.

Entscheidend ist darüber hinaus, wie die Kommune mit dem Wissen um die Anliegen der Bürger/innen umgeht. Gerade bei umstrittenen Themen zeigt sich: Wer seine Entscheidungen und Debatten transparent und nachvollziehbar macht, beugt möglichen Konflikten vor.

Es braucht mehr als eine rechtmäßige Entscheidung des Gemeinderats oder der Verwaltung, um Zustimmung und Einverständnis der Bürger/innen bei kritischen Fragen zu erlangen. Die Diskussionen und Argumente müssen transparent kommuniziert werden, damit die Menschen kontroverse Entscheidungen nachvollziehen können. Ganz besonders bei Fragen, zu denen es unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung gibt, ist es wichtig, die Informationshoheit über die Position und die Entscheidungsprozesse der Kommune zu behalten. Informationen zu Planungs- und Genehmigungsprozessen, zu Argumenten und Diskussionen sollten am besten aus erster Hand kommen: von der Kommune selbst. Professionell gesteuerte Öffentlichkeitsarbeit ist dafür unerlässlich. Die Kommune sollte Möglichkeiten fachgerechter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ausnutzen, die über die klassischen Instrumente hinausgehen. Für viele Kommunen längst Routine, für viele aber noch Neuland: die Nutzung digitaler Medien bei der Beteiligung der Bürger/innen.

Vor allem junge Kommunalpolitiker/innen kommunizieren heute über Blogs oder Social-Media-Kanäle. Solche Formen politischer Kommunikation haben Potential, eine größere Öffentlichkeit und neue, jüngere Zielgruppen zu erreichen, als dies bisher etwa mit der Möglichkeit der persönlichen Präsenz bei einer Sitzung gegeben war.

- Warum nicht die öffentliche Gemeinderatssitzung im Livestream online einsehbar machen?
- Sind ein eigener Blog oder Social-Media-Kanäle für die Kommune ein Mittel, um junge Zielgruppen an der Kommunalpolitik teilhaben zu lassen?

4. Beteiligungsformate richtig wählen und darüber informieren

Wenn eine Kommune Bürger/innen beteiligt und zum Beispiel bei der Planung von Infrastrukturprojekten entsprechende Formate anbietet, sollte sie für sich und die Bürger/innen vorher eine Reihe von Fragen beantworten. Ein Gebot der Fairness ist es, von vornherein klar zu kommunizieren:

- welche Mitgestaltungsmöglichkeiten die Bürger/innen haben.
- was die Ergebnisse bewirken.
- ob und für wen die Resultate wie lange bindend sind.
- welche Rolle der Kommune zukommt und ob bei Infrastrukturprojekten die Entscheidungskompetenzen beim Vorhabenträger oder einer anderen Genehmigungsbehörde liegen.

Werden diese Fragen nicht geklärt, besteht die Gefahr eines Scheindialogs. Erwartungen und Hoffnungen von Bürger/innen und Kommunalpolitiker/innen werden enttäuscht und es entstehen Frust und Ablehnung.

Im Umkehrschluss bedeutet dies: Wenn Bürger/innen wirklich beteiligt werden sollen, muss der Dialog einen – so weit wie möglich – offenen Ausgang haben. Die Kommune muss kompromissbereit sein und sich auch darauf einlassen wollen, dass Bürger/innen Planungen verändern und Neues einbringen.

Eine Kommune sollte Beteiligungsformate nur dann anbieten, wenn sie einen Mehrwert versprechen. Beteiligungsformate dürfen nicht zu Alibiveranstaltungen werden, bei denen es um unwichtige Themen geht und die nur um ihrer selbst willen durchgeführt werden. Zur rechten Zeit durchgeführt, überwinden Beteiligungsformate das Partizipations-Paradox (6) und binden die Öffentlichkeit rechtzeitig ein – nicht erst nachdem die Würfel längst gefallen sind. Es gilt zum passenden Zeitpunkt das richtige Beteiligungsformat zu wählen. Dazu muss im Vorfeld eine Reihe von Fragen beantwortet werden:

- Wann ist für welches Projekt der optimale Zeitpunkt für Beteiligung? Wann können die Ideen und Anliegen der Bürger/innen tatsächlich noch etwas bewirken?
- Reicht die klassische Bürgerversammlung einmal jährlich aus oder sollten weitere Formate angeboten werden?
- Mit verschiedenen Veranstaltungen und Medien erreicht man unterschiedliche Alters- und Zielgruppen. Online-Beteiligungsformate und Hilfsmittel des E-Government sollten genutzt werden, auch um barrierefreie Zugänge zu Beteiligung zu erleichtern.
- Beispiel Planungsprozesse: Sind Entwurfspräsentationen, Workshops oder wiederkehrende Planungsforen das passende Mittel?

Beteiligungsformate und den Umgang mit engagierten Bürger/innen passend zu wählen sind also die Kernherausforderungen für die »Bürgerkommune«. Immer wieder aufs Neue muss die Kommunalpolitik mit Bedacht entscheiden, wer wann wie in Entscheidungsprozesse eingebunden werden soll. Ein Patentrezept gibt es dafür nicht. Es braucht Gespür für die Bedürfnisse und Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

Grenzen der Beteiligungspolitik

Beteiligung darf nicht überschätzt oder verkannt werden. Sie ist kein Allheilmittel, durch das Zustimmung und Konsens einfach herbeigeführt werden können. Wichtig ist es, dass zu Beginn die Überlegungen stehen, wohin die Beteiligung führen soll, was sie leisten soll und was von ihr erwartet wird. Ein passendes Beteiligungsformat hält die Waage zwischen Aufwand einerseits und seinen Ergebnissen und Wirkungen andererseits. Ein Dialogformat darf den Bürger/innen nicht mehr Einflussmöglichkeiten vortäuschen, als es tatsächlich gibt.

Eine Bürgerkommune bietet Beteiligung so niederschwellig wie möglich an und fördert und nutzt das Potential engagierter Bürger/innen. Dennoch muss anerkannt werden, dass niemals alle Menschen mit Beteiligungsformaten erreicht werden können. Letztendlich hängt Beteiligung der Bürger/innen an ihrer Bereitschaft, sich einzubringen und sich zu engagieren. Die Bürgerkommune schafft die Ausgangsbasis, dass möglichst viele mitwirken können. Sie ermöglicht Beteiligung, schafft Rahmenbedingungen, ergreift die Initiative und ermutigt die Menschen, die Demokratie mit Leben zu füllen.

Anmerkungen

(1) Vgl. Bogumil/ Holtkamp 2002

(2) Paul-Stefan Roß stellt fest, dass es auf diesem Gebiet keinen Mangel an theoretischen Abhandlungen gebe, aber ein »Umsetzungsproblem«. Vor diesem Kontext entwickelt er sein Konzept der »Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune« (vgl. Roß 2012).

(3) Zur Definition und zum wissenschaftlichen Diskurs um die Begriffe der »Zivilgesellschaft«, der »Bürgergesellschaft«, des »bürgerschaftlichen Engagements« siehe u.a. Roß 2012 oder die Definition der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« im Deutschen Bundestag.

(4) Einen Überblick über das Verständnis von Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft gibt Roß (Roß 2012, S.86 ff.): Kern der Debatte um diese Begriffe bilden die Frage nach der »Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft« (Schade 2002, 8) und die Suche nach »politischen Formen der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft« (Klein 2001, 31).

(5) Vgl. Roß 2012, 26-33: Überblick über quantitative Maßzahlen bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, unter anderem auch zu Motivation und Erwartungen der Engagierten.

(6) Das Partizipations-Paradox besteht im Phänomen, dass sich die Öffentlichkeit umso mehr für Projektplanung interessiert, desto weiter der Planungsprozess schon fortgeschritten ist und desto konkreter die Pläne sind. Gleichzeitig werden die Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Bürger immer geringer, je weiter die Planungen konkretisiert sind.

Literatur

- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars 2002: Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung, Bonn.
- Deutscher Bundestag 2002: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, BT-Drucksache 14/8900 vom 3. Juni 2002.
- Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge in der neueren Begriffsverwendung (Bürgerschaftliche Engagement und Non-Profit-Sektor Bd.4), Opladen.
- Roß, Paul-Stefan 2012: Demokratie weiter denken – Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune, Baden-Baden.
- Schade, Jeanette 2002: »Zivilgesellschaft« – eine vielschichtige Debatte. INEF Report Nr. 59 (Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg), Duisburg.

Autorin

Johanna Lucia Härtl begleitet bei Kaltwasser Kommunikation in Nürnberg Bürgerbeteiligungs-Projekte in verschiedenen Bereichen. Sowohl für Unternehmen als auch für Kommunen oder andere Institutionen berät die Agentur für Public Relations und politische Kommunikation bei der Konzeption sowie der Umsetzung von Beteiligungsformaten. Johanna Lucia Härtl war zuvor in der Politikberatung unter anderem in der bayerischen Landespolitik tätig. Sie studierte Politikwissenschaften und Geschichte in München und Passau.

Kontakt

Email: jha@kaltwasser.de

www.kaltwasser.de

Kaltwasser Kommunikation

Büro Nürnberg

Laufertormauer 22

90403 Nürnberg

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de